

Zuzug aus dem Norden

Wie russische Juden Israel prägen

AUF DER SUCHE NACH EINER HALTUNG

Wie steht die AfD zu Israel?

BEI DEN KLEINEN FÄNGT DER FRIEDE AN

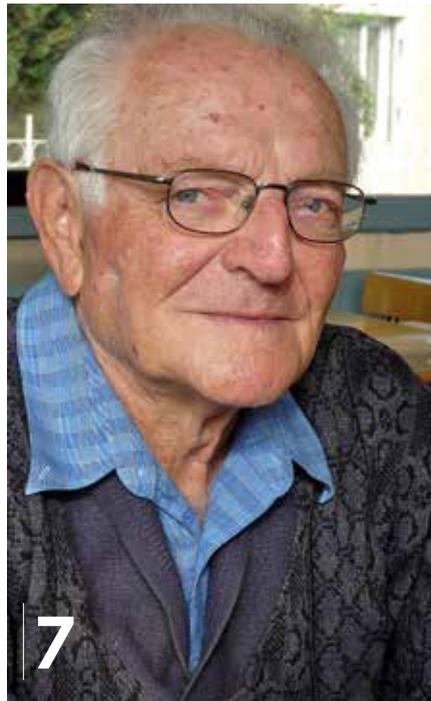
Konfliktforscher Darawshe im Interview





4

ALIJA AUS DER EHEMALIGEN SOWJETUNION
Aufstieg der russischen Juden



7

GEDANKEN EINES HOLOCAUST-ÜBERLEBENDEN
„Wasser der Erlösung“



10

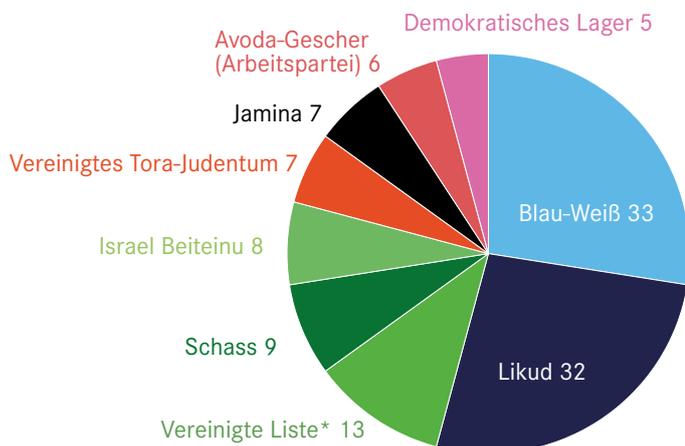
AFD UND ISRAEL
Entschieden unentschieden

Knessetwahlen: Herausforderer Gantz knapp vor Netanjahu

Die Zentrale Wahlkommission hat am 24. September das vorläufige amtliche Endergebnis der Wahlen zur 22. Knesset bekanntgegeben. Demnach belegt das blau-weiße Bündnis unter dem früheren Armeechef Benny Gantz mit 33 Mandaten den ersten Platz. Es hat aber zwei Sitze weniger als bei den Wahlen im April. Der Likud von Premier Benjamin Netanjahu

Knesset-Wahlen 17. September 2019

Die Knesset hat insgesamt 120 Abgeordnete. Für eine Regierungsbildung sind 61 Mandate nötig. Die Sperrklausel liegt bei 3,25 Prozent.



* arabisches Parteienbündnis

erhält 32 Mandate. Er verliert im Vergleich zum vorigen Mal drei Mandate. Das arabische Bündnis „Vereinigte Liste“ kommt auf 13 Sitze, drei mehr als die beiden arabischen Zweierbündnisse Hadasch-Ta'al und Ra'am-Balad im Frühjahr. Darauf folgen die Schass mit 9 Sitzen (vorher 8) und „Israel Beiteinu“ vom ehemaligen Verteidigungsminister Avigdor Lieberman mit 8 (5). Das Vereinigte Tora-Judentum bleibt bei 7 Mandaten, Jamina („Nach rechts“) erhält 7 und die Arbeitspartei mit Gescher wie vorher 6. Das „Demokratische Lager“, das sich aus dem „Demokratischen Israel“ des früheren Premierministers Ehud Barak und der Meretz-Partei zusammensetzt, kann 5 Abgeordnete in der Knesset stellen.

Gantz hat infolge einer Empfehlungsrunde gegenüber dem Präsidenten 54 Parlamentarier hinter sich, Netanjahu 55. Für eine Koalition sind allerdings 61 Mandate nötig. Staatspräsident Reuven Rivlin hat am 25. September Netanjahu wegen der größeren Zahl der Empfehlungen mit der Regierungsbildung beauftragt, dafür hat er 28 Tage Zeit. Die Frist kann bei Bedarf um zwei Wochen verlängert werden. Nach den Wahlen im Frühjahr hatte er es nicht geschafft, fristgerecht eine Regierung zu bilden.

Wie die Tageszeitung „Yediot Aharonot“ berichtet, hat der Wahlausschuss unterdessen in sechs Wahllokalen Hinweise auf Fälschungen entdeckt. Diese befinden sich in den arabischen Orten Jarka, Sachnin, Schefar'am und Araba. Die Stimmen dieser Wahllokale wurden in das Endergebnis nicht einbezogen. |

Elisabeth Hausen

Liebe Leser,

vor 30 Jahren erlebte Deutschland den Fall der Berliner Mauer, ohne dass ein Tropfen Blut vergossen worden wäre. Diese friedliche Revolution wirkte sich in vielfacher Hinsicht auf Deutschland aus – zur Zeit der DDR hätte etwa unsere Redaktion in der aktuellen Zusammensetzung nicht existieren können. Der Mauerfall hatte aber auch starke Umwälzungen im Ostblock zur Folge. Die Sowjetunion zerfiel, und zahlreiche Juden nutzten die Möglichkeit, nach Israel auszuwandern. Binnen weniger Jahre hat der jüdische Staat mehr als eine Million Immigranten aus ehemaligen Sowjetrepubliken aufgenommen. Bis heute ist Russisch an vielen Orten zu hören. Wie es den ehemaligen Sowjetbürgern und deren Nachkommen inzwischen ergeht, lesen Sie in unserer Titelgeschichte ab Seite 4.

Politische Veränderungen gibt es in unserem Land auch heute, vor allem in der Parteienlandschaft. Am auffälligsten ist mit ihren Wahlerfolgen die „Alternative für Deutschland“, die manche Menschen pauschal als „rechtsextrem“ und mitunter auch als „antisemitisch“ abstempeln. Doch eine solche allgemeine Verurteilung trifft den Kern nicht, wie der Artikel ab Seite 10 zeigt. Darin gehen wir der komplizierten Frage nach, wie die AfD denn nun zu Israel steht.

Mit problematischen Äußerungen über Israel für Unmut gesorgt hat der mittlerweile in den Ruhestand getretene Bischof Hans-Jürgen Abromeit. Bei der Jahreskonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz in Bad Blankenburg hielt er ein Seminar zu einer „biblischen Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina“. Allerdings waren seine Äußerungen lückenhaft und einseitig – obwohl er nach eigener Aussage einen „möglichst neutralen Standpunkt“ einnehmen wollte. So erwähnte er etwa im Zusammenhang mit der „Abriegelung“ des Gazastreifens weder die Rolle Ägyptens noch den palästinensischen Terror. Hintergründe beleuchtet das Israelnetz Magazin auf Seite 14. Dabei musste sich auch die Evangelische Allianz der Frage stellen, warum sie diesen Referenten überhaupt zu der Konferenz eingeladen hatte.

Am Abend des 29. September hat für Juden das neue Jahr 5780 nach Erschaffung der Welt begonnen. Die ersten drei Wochen des jüdischen Jahres sind geprägt von verschiedenen Feiertagen, die teilweise fröhlich und teilweise ernst sind. Der inzwischen verstorbene Holocaustüberlebende Israel Yaoz hat sich mit der Bedeutung dieser Feste auseinandergesetzt (Seite 7). Dabei nimmt er auch Bezug auf das Neue Testament.

Bei allen Auseinandersetzungen in und um Israel bleibt Gott seinem Volk treu. Allein das ist ein Grund zum Feiern und zur Dankbarkeit. In Nehemia 8,10 steht geschrieben: „Und Esra sprach zu ihnen: Geht hin und esst fette Speisen und trinkt süße Getränke und sendet davon auch denen, die nichts für sich bereitet haben; denn dieser Tag ist heilig unserm Herrn. Und seid nicht bekümmert; denn die Freude am HERRN ist eure Stärke.“ Diese Mischung aus Ernsthaftigkeit und Festfreude beziehen jüdische Gelehrte auf das Neujahrsfest Rosch HaSchanah. In dem Fall solle „heilig“ ausdrücken, dass der Tag anders und von den anderen Tagen abgesondert ist.

Nun wünsche ich Ihnen eine erhellende Lektüre – und für Ihr persönliches Leben viel Grund zur Dankbarkeit.

Herzlich grüßt Sie

Elisabeth Hausen

Elisabeth Hausen



8 ARABISCH-JÜDISCHE KOEXISTENZ

„Nicht jeder kann den Elefanten wieder verpacken“

13 BIBELBLICK

„Tröstet, tröstet mein Volk“

14 ISRAEL-VORTRAG VON BISCHOF ABROMEIT

Ein merkwürdiger Kontrapunkt

IMPRESSUM

Herausgeber

Christliche Medieninitiative pro e.V.
Charlotte-Bamberg-Straße 2
D-35578 Wetzlar
Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00
Telefax +49 (64 41) 5 66 77 33
israelnetz.com
info@israelnetz.com

Vorsitzender Michael Voß

Geschäftsführer Christoph Irion

Büro Wetzlar Dana Nowak
(Redaktionsleitung), Martina Blatt,
Daniel Frick, Elisabeth Hausen
(Leitende Redakteurin online), Timo
König, Michael Müller, Egmond Prill

Büro Jerusalem Mirjam Holmer

Spenden

Israelnetz Magazin lebt von Ihrer Spende.
Volksbank Mittelhessen eG
IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01
BIC VBMHDE5F
Verwendungszweck: Israelnetz
www.israelnetz.com/spenden

Titelfoto

Einwanderer aus der ehemaligen
Sowjetunion kommen 1990 in Israel an
Quelle: Moshe Shai/Flash90

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
27. September 2019

Aufstieg der russischen Juden

Ein Ereignis vor 30 Jahren hat Israels Demografie umgekrempelt: Der Zerfall der Sowjetunion. Ihm folgte eine Einwanderung von einer Million Juden nach Israel. Lange fühlten sie sich dort wie Bürger zweiter Klasse, doch nun scheint ihre Zeit gekommen: Sie haben Israel zur Start-up-Nation gemacht – und sind ein politischer Machtfaktor.

Timo König



„Gemüse und Obst“ – Zweisprachiges Schild an einem Tante-Emma-Laden

Uns Einwanderer aus der Sowjetunion hassen sie hier in Israel besonders“, schreibt eine anonyme Entrüstete in einem russischsprachigen Forum. Sie ist sich sicher: „Solange wir weiter schweigen, werden sie uns unterdrücken.“ Sie will eine Demonstration organisieren, denn in Israel fühle sie sich wie eine Bürgerin zweiter Klasse, Diskriminierung sei allgegenwärtig. Ein gewisser Alexander Svetlitsch antwortet darauf: „Ich bin der erste, der auf die Straße geht. Sag nur Bescheid.“ Wer das liest, gewinnt den Eindruck, dass russischsprachige Einwanderer in Israel ziemlich aufgebracht sind.

Der Zerfall der Sowjetunion vor 30 Jahren ging nicht nur mit wirtschaftlichem Chaos, sondern auch mit antisemitischen Begleiterscheinungen einher. Viele Juden machten in den 90er Jahren daher von ihrem Rückkehrrecht nach Israel Gebrauch. Knapp eine Million sogenannter „russischer Juden“ – der Begriff ist ungenau aber

gebräuchlich für die russischsprachigen Juden aus dem postsowjetischen Raum – emigrierten. Die nie dagewesene Masseneinwanderung stellte das kleine Israel vor enorme Herausforderungen. Zu Spitzenzeiten kamen tausend Menschen pro Tag. Mittlerweile machen die Russischsprachigen 20 Prozent der jüdischen Bevölkerung aus. Damit ist Israel das Land mit dem höchsten Anteil russischer Muttersprachler außerhalb des postsowjetischen Raums. Bis heute sind die Einwanderungszahlen aus Russland und der Ukraine überdurchschnittlich. Vergangenes Jahr trafen von dort 19.305 Olim ein, das waren 64 Prozent der gesamten Einwanderung. Zum Vergleich: Aus Deutschland kamen 185. In mittleren und kleinen Städten wie Aschdod oder Carmel stellen die russischen Juden mittlerweile ein Drittel der Einwohner. Wer schon einmal in Israel war, kann bestätigen: An fast jeder Straßenecke hört man russische Wortwechsel. Der Vorsitzende des Ebenezer Hilfsfonds zur Unterstützung von Olim, Hinrich Kaasmann, schildert es so: „Beim Einkauf im Supermarkt ist es völlig ausreichend, wenn man Russisch kann, weil an der Kasse ohnehin jemand sitzt, der Russisch spricht. Auch unter Hilfskräften in Krankenhäusern und in Autowerkstätten spielt Russisch eine große Rolle.“ Mark Mostov, der seit 1984 in Israel lebt, erzählt von einem Witz, der in Israel die Runde macht: „Was ist die zweitwichtigste Sprache in Israel? Antwort: Hebräisch.“ Der Witz suggeriere, dass Russisch weiter verbreitet sei als Hebräisch. Natürlich ist das übertrieben; dennoch sagt es einiges über die Realität aus.

Festhalten am Russischen

Und doch sind die Einwanderer aus der Sowjetunion immer noch „die anderen“. Zum Teil haben sie durch eigene Versäumnisse dazu beigetragen. Viele schwänzten nach der Ankunft in Israel die Ivrit-Kurse. Sie sprechen Russisch in der Familie, mit ihren Freunden und haben einen russischen Arbeitgeber. Sie lesen die russischsprachige israelische Zeitung „Westi“,

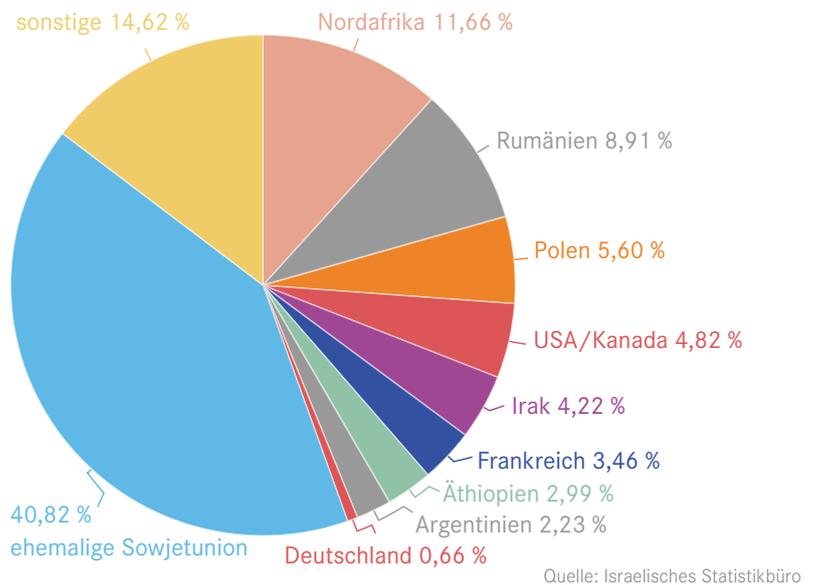
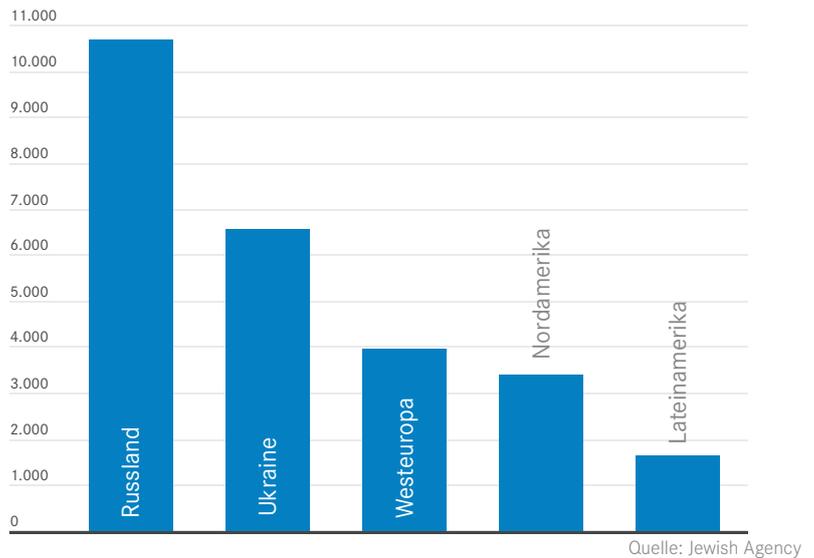
schaufen im Fernsehen den russischsprachigen „Kanal 9“ und pflegen ein besonderes Verhältnis zu ihren Herkunftsländern, zumeist Russland oder die Ukraine. Zwar trübt dies in den meisten Fällen nicht ihre Loyalität zum jüdischen Staat, aber Integration in die israelische Gesellschaft sieht anders aus.

Umgekehrt begegneten ihnen die Israelis mit Vorbehalten. In den 90er Jahren kursierten in der Boulevardpresse Schauermärchen über „russische Prostituierte“ und die „russische Mafia“. Die Israelis waren enttäuscht, dass nicht wie erwartet lauter Glaubensbrüder und -schwestern kamen. Nur eine verschwindend kleine Zahl russischer Juden ist religiös: Zwischen 1,5 und 2 Prozent. Die meisten von ihnen verstehen sich als areligiös – und wollen sich keinen Glauben überstülpen lassen. In der Sowjetunion definierte sich ihr Jüdischsein nicht über Religion, sondern über ethnische Zugehörigkeit.

Hinzu kommt, dass etwa 250.000 der Einwanderer nach den religiösen Rechtsvorschriften, der Halacha, nicht als Juden gelten. Nach dem Rückkehrgesetz dürfen alle heimkehren, die einen jüdischen Eltern- oder Großelternanteil haben, egal ob väterlicher- oder mütterlicherseits. Laut der Halacha gilt jedoch nur als Jude, wer es mütterlicherseits ist. Die Konsequenz ist, dass Rabbiner sowie religiöse Politiker verlautbaren, hunderttausende der russischen Einwanderer seien keine echten Juden. Die sogenannten „Vaterjuden“ empfinden das als Hohn. Ironischerweise wurden sie in der Sowjetunion am meisten verfolgt. Dort galt als jüdisch, wer einen jüdischen Vater hatte.

Wer nach der Halacha nicht als Jude gilt, kann in Israel nicht beim Rabbiner heiraten – und eine standesamtliche Heirat gibt es nicht. Eine Eheschließung ist für sie daher nur im Ausland möglich. Außerdem werden sie nicht auf jüdischen Friedhöfen beerdigt. „Als wir zwei Monate im Libanon für dieses Land kämpften und unsere Freunde wie Hunde außerhalb der Friedhofsmauer verscharrt wurden, haben wir verstanden, dass sich keiner für uns interessiert“, schreibt ein verbitterter Nutzer im russischen sozialen Netzwerk „Vkontakte“.

Für zusätzlichen Frust sorgt bei den oft salopp so genannten „Russen“, dass ihre Kinder sich an der Front in Lebensgefahr bringen, während die Ultra-Orthodoxen von der Wehrpflicht ausgenommen werden und zugleich Sozialhilfe kassieren. Die russischsprachigen Einwanderer haben das Gefühl, selbst nichts geschenkt bekommen zu haben. In den 90er Jahren mussten „ehemalige Chefs großer Werke für einen Hungerlohn“ und „Diplom-Ingenieure als Putzkraft“ arbeiten, berichtet eine Frau bei „Vkontakte“.



Hinrich Kaasmann von Ebenezer bestätigt: „Einwanderer, die zwischen 30 und 40 Jahre alt waren, als sie Mitte der Neunziger nach Israel kamen, berichten fast alle, dass sie extrem hart körperlich gearbeitet haben – teilweise zwei Schichten an einem Tag, also etwa zwölf Stunden.“ Den Neueinwanderern gegenüber seien Israelis außerdem teils arrogant aufgetreten, nach dem Motto: „Großzügig wie wir sind, lassen wir euch bei uns arbeiten.“

Oben: Einwanderung 2018 nach Herkunftsländern und -regionen
Unten: Einwanderung insgesamt seit 1948

Dennoch eine Erfolgsgeschichte

Doch die „Russen“ bissen die Zähne zusammen und arbeiteten sich hoch. Ihr überdurchschnittlicher Bildungsgrad sollte Israel in den kommenden Jahren einen enormen Aufschwung beschern. Über 60 Prozent der Einwanderer verfügen über einen Hochschulabschluss, darunter 75.000 Ingenieure, 40.000 Lehrer und 15.000 Ärzte. In den 90er Jahren kletterte das

Wirtschaftswachstum Israels auf 6 Prozent. 13.000 russische Wissenschaftler sorgten für einen Innovationsschub in Physik, Mathematik, Informatik und Biochemie. Der Investor Menasche Esra, marokkanischer Jude und einstiger Pionier im Bereich kabellose Netzwerke, sagt anerkennend: „Man darf nicht vergessen, dass der Hightech-Sektor in Israel nicht dieses Level erreicht hätte ohne die Alija aus der ehemaligen UdSSR in den 90er Jahren.“ In Israel genießen russischsprachige Einwanderer zunehmend den Ruf, der mit dem der Deutschen vergleichbar ist: Sie gelten als zuverlässig, fleißig und diszipliniert. Esra sagt: „Die Arbeit der Einwanderer aus der UdSSR zeichnet sich dadurch aus, dass sie genauer und qualitativ hochwertiger ist.“



„Die Vorteile der Einwanderung“: Beim YouTube-Kanal „Daria IsrLife“ dreht sich alles um das Leben als russischsprachiger Jude in Israel

Die russischsprachige YouTuberin Daria zeigt sich auf ihrem Kanal „Daria IsrLife“ überzeugt: Wer sich anstrengt, kann es in Israel zu etwas bringen. „Viele schreiben mir, dass ihnen die Leute erzählen, in Israel würden Nichtjuden gehasst und diskriminiert und bekämen hier keine Arbeit.“ Daria hält das für völlig überzogen. Sie hat einen jüdischen Vater, aber eine Mutter, die nur väterlicherseits jüdisch ist, also ist Daria nach den religiösen Gesetzen keine „echte“ Jüdin. Trotzdem sagt sie: „Ich kann nicht verstehen, warum ich in meinem eigenen Zuhause – und Israel ist mein Zuhause – ausgegrenzt werden sollte.“ Israel sei eine rechtsstaatliche Demokratie. Wer einen Job nicht bekommt, weil er halachisch kein Jude ist, könne dagegen klagen. Sie ist überzeugt: „Wenn ihr einen guten Job kriegen wollt, strengt euch an und werdet konkurrenzfähig. Der Arbeitgeber wird euch nicht zu seinem eigenen Schaden ablehnen, nur weil ihr nicht jüdisch seid.“

Gelungene Integration

Darias Beispiel zeigt: Obwohl die meisten russischen Juden mit rechtlicher Benachteiligung wie etwa der Eheschließung hadern, werden sie zu einem respektierten Teil der Gesellschaft. Stimmen wie die der eingangs zitierten Entrüsteten gibt es zwar auch heute noch, sie werden aber weniger. Besonders die „Generation 1,5“ gilt mittlerweile als gut integriert: Es sind diejenigen, die in den 90ern als Kinder nach Israel kamen. Durch die Schule und vor allem den Wehrdienst beherrschen sie die hebräische Sprache. Auf der Webseite der Denkfabrik „Shaharit“ erklären sie: „Wir haben uns in die Gesellschaft integriert und sind vollständig israelisch. Trotzdem tragen wir auch unser kulturelles Gepäck, das wir nicht aufgegeben haben und im Gegenteil sogar pflegen und bewahren

wollen.“ Obwohl das auch für die Generation 2,0 der in Israel Geborenen gilt, zeigen Studien hier bereits deutliche Unterschiede zur älteren Generation: 70 Prozent von ihnen glauben laut einer Untersuchung des Washingtoner „Pew Research Centers“ an Gott. Das sind 15 Prozentpunkte mehr als bei den Eltern. Es ist auch wahrscheinlicher, dass sie sich an die koscheren Gesetze beim Essen halten oder am Schabbat Kerzen anzünden. Im Unterschied zu den Älteren organisieren sich die Jungen zunehmend, um ihre Anliegen zu vertreten. Ein Beispiel ist das „Novij-God-Projekt“, bei dem russischsprachige Familien israelische Familien nach Hause einladen und sie am traditionellen russischen Neujahrsfest teilnehmen lassen.

Politischer Machtfaktor

Dabei haben die russischen Juden in ihrer Funktion als Wähler bereits ohne eigenes Zutun erheblichen Einfluss. Die Onlinezeitung „Times of Israel“ titelte diesen Sommer: „Die Russen kommen ... an die Wahlurnen. Israelische Politiker wachen endlich auf.“ Ohne die russischsprachige Gemeinschaft lassen sich keine Wahlen mehr gewinnen, das ist den meisten Politikern klar. Mit „Israel Beiteinu“ hat sich unter Leitung von Avigdor Lieberman seit 1999 eine „russische“ Partei dauerhaft etabliert. Lieberman bekleidete bereits mehrere Ministerämter, war etwa Außen- oder Verteidigungsminister. Und Regierungschef Benjamin Netanjahu ging im letzten Wahlkampf mit Plakaten auf Stimmenfang, auf denen er dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Hand schüttelt.

Jair Lapid vom Parteienbündnis Blau-Weiß versuchte es gar mit einem Video, in dem er eine halbe Minute Russisch sprach, ohne es selbst zu verstehen. Einige „Russen“ finden solche Auftritte zu plump. Der YouTuber „Shalin“ etwa zitiert einen Auftritt des damaligen Wirtschaftsministers Naftali Bennett, der seinen russischsprachigen Mitbürgern 2014 zum neuen Jahr gratulierte und dabei demonstrativ Olivier-Salat aß, ein russisches Nationalgericht. Shalin berichtet: „Als ich das gesehen habe, hätte ich fast blutige Tränen geweint. Ich nehme ihm das überhaupt nicht ab. Es wirkt so unnatürlich.“ Außerdem vergäßen die Politiker die russische Gemeinschaft „augenblicklich“, sobald der besondere Anlass vorbei sei, entrüstet sich Shalin. Er will, wie viele andere, nicht mehr nur die zweite Geige spielen. Die russischen Juden wollen die Geschicke ihres Landes mitbestimmen. Demonstrieren müssen sie wohl gar nicht. Ihr Fleiß und ihre bloße Masse verleihen ihnen das nötige Gewicht. |

GEDANKEN EINES HOLOCAUST-ÜBERLEBENDEN

„Wasser der Erlösung“

Seine Familie wurde von den Nazis ausgelöscht. Er selbst hat den grausamen Lageralltag in Bergen-Belsen am eigenen Leib erfahren. Dennoch galt Israel Yaoz als bewegendes Beispiel dafür, wie Vergebung aussehen kann. Als Reiseleiter war er oft mit Christen in Israel unterwegs. Das hat ihn zum Nachdenken über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der jüdischen und christlichen Tradition gebracht. In diesem Aufsatz hat er seine Gedanken zu den jüdischen Herbstfesten festgehalten. Israel Yaoz (1928–2018)

Am Abend des 29. September 2019 beginnt mit dem jüdischen Neujahrsfest (Rosch HaSchanah) das Jahr 5780 „nach Erschaffung der Welt“. Um genauer zu sein: seit dem sechsten Schöpfungstag. Der erste Mensch, Adam, wurde damals erschaffen. Er empfing Gottes Hauch und begann zu atmen. Im Judentum beginnt der Tag mit dem Vorabend; in 1. Mose 1,5 heißt es: „Da ward aus Abend und Morgen der erste Tag.“

Eine chassidische Erzählung veranschaulicht ein zentrales Thema des Neujahrsfestes, nämlich den Menschen als verantwortliches Geschöpf Gottes: „Rebbe Nachman aus Bratzlav (Breslau) sagte zu seinen Studenten: ‚Gott hat nicht den Juden geschaffen, sondern Gott hat den Menschen geschaffen‘, auf Jiddisch: ‚Sei a Mensch!‘ Der Rebbe sagte: ‚Schau hinaus durch das Fenster: was siehst du?‘ Ein Talmudstudent antwortet: ‚Ich sehe Menschen‘. Der Rebbe: ‚Schau in den Spiegel: was siehst du?‘ ‚Mich selbst‘. Darauf der Rebbe: ‚So ist die Menschheit: ein bisschen Silber (der Spiegel), und man sieht nur sich selbst‘“.

An Rosch HaSchanah wird in allen Gebeten in der Synagoge Gott der „König der Könige“ genannt. Doch ein König ist kein König, solange er keine Untertanen hat. So war es ein Grund, die Menschheit zu erschaffen, damit er „Untertanen“ habe. Rosch HaSchanah ist also der Geburtstag der Menschheit! Ein Tag, an dem der Mensch gegenüber sich selbst Rechenschaft ablegen soll – über das, was er mit seinem bisherigen Leben getan hat, was Gott von ihm verlangt, und was er von sich selbst erwartet. Auch im Himmel wird festgelegt, was das kommende Jahr bringen wird, zum Guten wie zum Bösen. In der Synagoge wird das Schofar (Widderhorn) geblasen. Die Gläubigen beten für eine Einschreibung ins himmlische Buch des Lebens. Deswegen wünschen wir uns gegenseitig „ein gutes und gesegnetes neues Jahr“ und „eine günstige Einschreibung und Versiegelung“ im himmlischen Buch des Lebens.

Erntedank und Versöhnung

Auf das Neujahrsfest folgen der Versöhnungstag Jom Kippur (9. Oktober) und das Laubhüttenfest (14. bis 20. Oktober). In biblischen Zeiten war das Laubhüttenfest „Sukkot“ das wichtigste und fröhlichste Pilgerfest des Jahres. Wenn in der Bibel „das Fest“ – also ohne Beinamen – erwähnt wird, ist Sukkot gemeint. Am Abend des ausgehenden Jom Kippur werden die ersten Bretter für die Laubhütte aufgerichtet. Der Fastentag Jom Kippur ist ein Ausdruck der großen Reinigung der Seele und der großen Reinigung des heiligen Tempels.

Fünf Tage nach der großen Reinigung von Leib und Seele beginnt dann das Laubhüttenfest: Wir Juden wohnen in Laubhütten, denn es ist das Erntedankfest. Nachdem sie seit der babylonischen Gefangenschaft vom Boden ihrer Väter vertrieben worden waren, wurde die Erinnerung an die Laubhütten, in denen das Volk während der vierzigjährigen Wüstenwanderung gewohnt hatte, immer wichtiger.

90 Prozent der Israeliten in biblischen Zeiten waren Kleinbauern, und wer den Tanach (Hebräische Bibel) unter diesem Aspekt liest, stellt fest, dass dieser auf eine landwirtschaftliche Lebenswelt zugeschnitten war. Die Erntezeit ist zu Ende, nun soll man Gott mit Opfern danken und zum Himmel flehen, dass bald ein segensreicher Winter kommt. Denn dieses Land ist abhängig vom Regen (5. Mose 11,10-18). Deshalb beten Juden in den Synagogen weltweit am Laubhüttenfest um Regen.

Johannes 7,37-38 berichtet, dass auch Jesus hinaufzieht zum Laubhüttenfest. Er spricht bei der Gelegenheit von sich als Quelle „lebendigen Wassers“, womit er bewusst an ein wichtiges Ritual des Laubhüttenfestes anknüpfte. In biblischen Zeiten bestieg der Hohepriester an jedem der acht Feiertage eine Bühne auf dem Vorhof des Tempels, um das Wasseropfer darzubringen: Zwei junge Priester schöpften zwei Gefäße voll Wasser aus dem Siloah-Teich und trugen sie empor, begleitet von jubelnden Massen. Der Talmud (Sukkah 51a) berichtet: „Wer die Freude beim Wasserschöpfen nicht erlebt hat, hat nie richtige Freude erlebt.“ Der Hohepriester goss dann dieses Wasser, das als „Wasser der Erlösung“ bezeichnet wurde (eine Anlehnung an Jesaja 12,3), über den Altar. Dabei flehte er um Regen und das Volk achtete darauf, dass nichts versehentlich „daneben ging“.

Ein gutes und gesegnetes neues Jahr und eine günstige Einschreibung und Versiegelung im himmlischen Buch des Lebens; dies ist mein Wunsch für euch und euren Nächsten. |



Israel Yaoz wurde 1928 in Gelsenkirchen geboren. Von 1944 bis 1945 war er im Konzentrationslager Bergen-Belsen inhaftiert. Er ist der einzige Scho'ah-Überlebende seiner siebenköpfigen Familie. 1948 wanderte er nach Israel ein und wurde Reiseleiter. Er verstarb im Frühjahr 2018. Auf www.israelnetz.com lesen Sie einen Nachruf. Dieser Aufsatz wurde redaktionell gekürzt und bearbeitet.

Wir danken der Familie von Israel Yaoz an dieser Stelle ausdrücklich für die freundliche Genehmigung zur Veröffentlichung. Zum Erscheinen des Aufsatzes haben Mirjam Holmer, Brigitta Rosema und Nicolas Dreyer beigetragen.

„Nicht jeder kann den Elefanten wieder verpacken“

Mohammad Darawshe gilt als Experte des jüdisch-arabischen Zusammenlebens in Israel. Der israelische Araber hat einen Masterabschluss der Universität Haifa in Konflikt- und Friedensforschung und studierte im Bachelorstudiengang Englisch und Politikwissenschaft in Jerusalem. Erst kürzlich erhielt er eine Gastprofessur für arabisch-israelische Koexistenz an der Ludwig-Maximilian-Universität in München. Mit Israelnetz sprach er über die Kunst, das Miteinander in Israel lebbar zu gestalten.

Die Fragen stellte Maria Köpf

Israelnetz: Wo in Israel liegt Ihr Wohnort genau?

Mohammad Darawshe: Iksal ist ein kleines Dorf im Norden Israels. Es wurde bereits im Alten Testament im Buch Josua 19 erwähnt (lacht). Es ist also eine alte Stadt und meine Familie lebt dort seit rund 800 Jahren – meine Kinder



Reist für Vorträge zur arabischen Minderheit regelmäßig von Israel nach München und Berlin: Mohammad Darawshe

in der 28. Generation. Das Dorf Iksal liegt ungefähr zehn Autominuten von Nazareth entfernt. In Nazareth wurden auch meine Mutter und ich selbst geboren. Meine Familie ging dort zur Oberschule. Ich studierte später in Jerusalem und Haifa, baute mein Haus aber in Iksal.

Das klingt nach einem sehr landverbundenen Menschen. Sie sind darüber hinaus Direktor des „Zentrums für Gleichheit und gesellschaftliches Miteinander“ bei Givat Haviva, das seit 1963 als

jüdisch-arabisches Zentrum für Frieden dient und 2001 den UNESCO-Friedenspreis erhielt.

Stimmt, ich bin auch in erster Linie Direktor einer Nichtregierungsorganisation. Für unsere jüdisch-arabische „Friedenserziehung“ nutzen wir verschiedene Strategien. Zum Beispiel bringen wir jüdische und arabische Kinder dazu, gemeinsam Hummus zu essen oder Musik zu hören. Dabei bemerken die Kids, dass sie dieselben Gerichte oder Sänger lieben oder dieselben Hobbys teilen. Dann sprechen wir über ihre individuellen Konflikterfahrungen. Das schafft Verständnis und versöhnt miteinander. Die Krux ist, sehr sensibel vorzugehen. Jeder kann einen Elefanten auspacken, aber nicht jeder kann den Elefanten wieder verpacken! Wir wollen nicht, dass die Kinder hinterher denken: Das Treffen war okay, solange wir nicht über den Konflikt gesprochen haben. Ziel ist es, sich trotz aller Differenzen zu tolerieren. Das gelingt, wenn man sich auf gemeinsame Interessen konzentriert. Wir müssen bloß die Regeln schaffen, die das Miteinander lebbarer machen.

Spannend war auch Ihre Forschungstätigkeit an der Robert Bosch Academy in Berlin. Dort erforschten Sie den Umgang der Europäer mit sozialen Minderheiten.

Während meines Aufenthalts in Deutschland im Jahr 2016 untersuchte ich alteingesessene Minderheiten in Europa. Die Frage war: Was geschah in Italien mit der deutschsprachigen Minderheit, was in Deutschland mit den Dänen oder Sinti und Roma? Die Geschichte zeigt, dass sich Minderheiten in Europa, die bereits vor der eigentlichen Nationsbildung im Land lebten, kaum angepasst haben – weder sprachlich noch kulturell. Ganz im Gegensatz zu den Vereinigten

Staaten von Amerika, in denen der Erwerb der US-Staatsbürgerschaft jedem dort geborenen Kind automatisch ermöglicht wird. Dennoch verlangen unterrepräsentierte Volksgruppen häufig Kollektivrechte, die ihre Identität schützen. Viele Länder gewähren ihnen eine gewisse Autonomie, indem sie identitätsstiftende Regularien schaffen. Etwa in Flensburg, wo dänische Kindergärten und Altenheime entstanden sind. Dort können dänische Kinder und Senioren von alteingesessenen Familien in ihrer Herkunftssprache sprechen.

In Israel wird der arabischen Minderheit an den Universitäten nicht die Möglichkeit gewährt, sich in ihrer Muttersprache auszudrücken – finden Sie das kritikwürdig?

Die Notwendigkeit der arabischen Minderheit in Israel, die Sprache des Landes zu sprechen, ist selbstverständlich weitaus höher als für Israelis, Arabisch zu sprechen. Dennoch wäre Bilingualität beider Gesellschaftsgruppen ein Weg, zwischenmenschliche Barrieren abzubauen. Abseits davon befeuert die israelische Regierung momentan jedoch eher die gesellschaftliche und wirtschaftliche Segregation zwischen Arabern und Juden.

pagne des BDS, durch Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen den Staat Israel zu isolieren? Manche der BDS-Aktivisten bestreiten ja auch das Existenzrecht Israels ...

Ich unterstütze Verhandlungen, aber ich denke nicht, dass Siedlungen in der Westbank und im Gaza oder weitere Militarisierung dem Frieden dienen. Einige Segmente der BDS, die zu Fortschritt führen würden, finde ich unterstützenswert. Wenn eine israelische Firma versucht, Palästinenser als Mitarbeiter auszuschließen, empfinde ich das als diskriminierend und boykottwürdig.

Auf der anderen Seite haben bereits Palästinenser mit Arbeitsgenehmigungen in Israel Anschläge verübt – insofern ist es doch gut möglich, dass israelische Firmen aus Sicherheitsgründen vorsichtig bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter geworden sind?

Ich denke nicht, dass Palästinensern gleich welcher Art eine Arbeitsstelle in Israel verwehrt werden sollte, weil ein Palästinenser zuvor einen Gewaltakt verübt hat. Damit schließe ich alle Palästinenser mit ein – seien es israelische Bürger, Einwohner ohne israelische Staatsbürgerschaft wie in Ostjerusalem oder aber Paläs-

Ich denke nicht, dass Palästinensern gleich welcher Art eine Arbeitsstelle in Israel verwehrt werden sollte, weil ein Palästinenser zuvor einen Gewaltakt verübt hat.

In welcher Hinsicht – haben Sie ein Beispiel dafür?

Seit Miri Regev Kulturministerin geworden ist, kritisieren israelische und arabische Aktivisten die Bestrebungen, Künstler zu fördern, die keine vermeintlich israelkritischen Werke schaffen. Das Loyalitätsgesetz, das Kürzungen „antidemokratischer“ Künstleretats erlauben wollte, wurde von der Knesset glücklicherweise gekippt. Dennoch weiß ich von jüdischen Theatergruppen, die von Kürzungen durch das Ministerium für Kultur und Sport bedroht wurden, weil sie sich weigerten, vor Siedlern aufzutreten.

Das führt zu meiner nächsten Frage. Was halten Sie von Bestrebungen der transnationalen Kam-

tinenser mit einer Arbeitserlaubnis. Ich kenne ebenfalls israelische Juden, die einen Gewaltakt verübt haben. Rechtfertigt dies das Brandmarken aller israelischen Juden als Kriminelle? Insgesamt denke ich jedoch, dass blanke Ächtung israelischer Firmen, die keine Palästinenser einstellen, nur den radikalen rechten Flügel befeuern würde. Das lässt sich intelligenter lösen. Man kann einen einzelnen Professor oder eine einzelne Firma boykottieren. Aber würde man große israelische Banken meiden, beträfe das beispielsweise auch meine Arbeit im Zentrum für jüdisch-arabische Koexistenz. Unsere Organisation wird von der Bank HaPoalim und der Bank Le'umi unterstützt.

Vielen Dank für das Gespräch! |

Araber in Israel

In Israel leben rund 1,9 Millionen Araber. Sie machen etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Dem Gesetz nach sind sie gleichberechtigte Staatsbürger. Im Parlament sind sie mit mehreren Abgeordneten vertreten. Auch im Gerichtswesen und im diplomatischen Dienst sind israelische Araber tätig.



Maria Köpf lebt als freie Journalistin in Berlin. Sie studierte Germanistik und Judaistik an der Freien Universität in Berlin. Während ihrer sechsmonatigen Mitarbeit in einem jüdisch-arabischen Friedensprojekt im Kinderheim Neve Hanna in Kiriat Gat am Rande der Negev-Wüste erlebte sie die Kontroversität der Geschichte Israels ebenso wie die Zugewandtheit der israelischen Bevölkerung gegenüber innovativen Einflüssen und fremden Menschen.

Entschieden unentschieden

Immer wieder äußern sich einige AfD-Politiker äußerst pro-israelisch. Festgeschrieben hat die Partei diesen Kurs jedoch nicht. Denn nicht alle sind damit einverstanden.

Sandro Serafin



„Mut zur Wahrheit“: Auch wenn es um Israel geht?

Schon seit längerem gibt es ein interessantes Phänomen zu beobachten. Rechtsextreme warnen vor der AfD, sprechen ihr ab, eine wirklich rechte Partei zu sein: Sie sehen die „Alternativen“ in einem angeblich pro-israelischen Mainstream schwimmen, betrachten sie verschwörungstheoretisch als Teil einer „Israel-Connection“ und attestieren ihnen „zionistischen Narrentaumel“. Der Hintergrund: Einige AfD-Vertreter fallen immer wieder durch sehr pro-israelische Aussagen auf. Zu ihnen gehört etwa Bundestagsfraktionsvize Beatrix von Storch. Wer sich in Parteikreisen, aber auch unter Ausgetretenen umhört, erfährt, dass sie eine „Überzeugungstäterin“ sei.

Von Storch, die für ihre scharfzüngigen Äußerungen bekannt ist, stellt im Bundestag etwa Anfragen zu Zahlungen an das umstrittene UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge (UNRWA), wirft der Bundesregierung vor, Israelfeindschaft mit deutschen Steuergeldern zu finanzieren und macht sich für eine Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt stark. „Zwischen unseren Nationen besteht ein besonderes Band“, bekennt sie sich zudem zu einer historischen Verantwortung Deutschlands.

Auch ihr Fraktionskollege Petr Bystron ist israelpolitisch aktiv und sieht in Jerusalem laut öffentlichen Aussagen ebenso die Hauptstadt des Judenstaates. Gegenüber Israelnetz nennt er das

Westjordanland „Judäa und Samaria“ und benutzt damit jene israelische Bezeichnung, die die Bundesregierung stets meidet. Bystron verweist auch auf eine Bundestagsabstimmung über einen FDP-Antrag Mitte März. Die Liberalen hatten eine Veränderung des deutschen Stimmverhaltens bei den UN zugunsten Israels gefordert. Neben der FDP stimmte nur die AfD-Fraktion mehrheitlich dafür, sogar nahezu geschlossen. Als der Bundestag im Mai die Israel-Boykott-Bewegung BDS verurteilte, ging die AfD weiter als die anderen Fraktionen und forderte sogar ein Verbot der Organisation. „Daran sieht man, dass wir in vielen Fragen geschlossen auf der Seite Israels stehen“, meint Bystron. Auch für Artur Abramovych von den „Juden in der AfD“ ist die Sache eindeutig: „Die AfD ist die pro-israelischste Partei.“

Widersprüche bei Jerusalem-Frage

Ist das so? Ein Blick unter die Oberfläche lässt Risse offenbar werden. Die gelegentlich zu vernehmende Behauptung, die AfD stehe klar für Jerusalem als Hauptstadt – eine Forderung, die auch sonst keine der großen Parteien erhebt –, lässt sich etwa nicht halten. Zwar habe die Fraktion einen entsprechenden Antrag „sehr lebhaft diskutiert“, sagt Bystron. Aber zu dem „sensiblen Thema“ gebe es bisher „keine einheitliche Meinung“.

Aus Fraktionskreisen erfuhr Israelnetz aber von einem Beschluss des außenpolitischen Arbeitskreises der AfD-Fraktion. Seine sechs Mitglieder verabschiedeten Anfang 2018 einen Text, der für eine „am Völkerrecht orientierte Politik“ eintritt, dessen „Kerninstrument“ die Vereinten Nationen seien. „Mit Sorge“ betrachten sie, „dass die bisher angestrebte Zwei-Staaten-Lösung zunehmend unmöglich gemacht“ werde. Höchstens eine Anerkennung Westjerusalems als israelische Hauptstadt hält der Kreis für möglich – „im Rahmen einer Gesamtlösung“. Der Beschluss fiel einstimmig. Ein Mitglied des Arbeitskreises: Petr Bystron. Ob er der Vorlage, dessen Inhalt seinen öffentlichen Bekundungen zu Jerusalem widerspricht, wirklich zugestimmt hat, will er nicht beantworten. Fraktionslinie sei das erst, wenn es von der gesamten Fraktion beschlossen würde, merkt indes von Storch an. Die Betonung des Völkerrechts in dem Text sieht sie aber kritisch.

Petry räumt Fehler ein

Überhaupt keine klare Linie bei ihrer ehemaligen Partei kann Ex-Parteiführerin Frauke Petry erkennen. „Die Parteiführung käme mit der eigenen Basis in Konflikt, wenn sie sich pro-israelisch positionieren würde“, meint sie. „Es gab hier und da Diskussionen im Bundesvorstand, aber nie eine Entscheidung zum Thema“, blickt sie auf ihre Zeit an der Parteispitze zurück. Petry sieht

es auch als ihren eigenen „Fehler“ an, dass die Partei nicht schon früh eine „Partnerschaft mit Israel“ ins Programm geschrieben habe – jetzt sei es dafür zu spät.

Und tatsächlich: Als mehrere führende AfD-Politiker im April 2017 einen pro-israelischen Kurs im Bundestagswahlprogramm verankern wollten, scheiterten sie. Dabei hatte Andreas Kalbitz, der den Antrag einbrachte, sogar noch erklärt, dass es sich dabei eigentlich um eine „Selbstverständlichkeit“ handle und damit dann auch „alle diesbezüglichen Unklarheiten beseitigt“ seien.



Ex-AfDler Heinrich Fiechtner und Frauke Petry, darunter die AfD-Parlamentarier Beatrix von Storch und Petr Bystron

Das Gegenteil war der Fall: Einige Delegierte empfanden den Vorschlag nicht als selbstverständlich. Die „Problematik“ sei „derart komplex“, dass sie nicht so schnell abzufassen sei, erklärte etwa ein Redner und bemängelte, dass es in Israel „Menschen- und Völkerrechtsverletzungen ohne Ende“ gebe. Schließlich entschied der Parteitag, sich nicht zu entscheiden: Der Antrag wurde weder angenommen noch abgelehnt, sondern einfach nicht weiter diskutiert. Damit war die AfD die einzige größere Partei, die im Wahlprogramm keine Aussage zur Thematik machte. Manche entschuldigen dies mit ihrem jungen Alter. „Wir verankern den pro-israelischen Kurs in unserer aktiven Politik“, rechtfertigt sich hingegen von Storch. Die Kritiker ihres Kurses seien „einzelne Leute“ und zudem kein Führungspersonal.

Doch auch an der Glaubwürdigkeit der AfD-Führungsriege gibt es Zweifel. Kritiker halten etwa Partei- und Fraktionschef Alexander Gauland seine mehrfachen Ausflüge in die Geschichtspolitik vor. 2001 sprach er in einem Artikel für „Die Welt“ von dem Staat Israel als einem „Fremdkörper“. 2018 bezeichnete er die Zeit des Nationalsozialismus als einen „Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“. Inzwischen hat er sich dafür mehrmals entschuldigt.

Nichtsdestotrotz sind es solche Aussagen, die dazu führen, dass Vertreter der Partei auch in Israel nicht gerne gesehen sind und von der Regierung nicht empfangen werden. Das AfD-Führungspersonal habe „mehrere Male“ Dinge gesagt, „die ich

als hochgradig beleidigend für Juden, für Israel und für das ganze Thema des Holocaust empfinde“, sagt auch der israelische Botschafter in Deutschland, Jeremy Issacharoff. Von dessen Kritik aber will man in der AfD nichts wissen. Issacharoff sei ein „linker Botschafter“, heißt es etwa von Petr Bystron.

Wie steht Gauland zur Staatsräson?

Gauland wiederum bezeichnete 2013, kurz nach der Gründung der AfD, die Frage nach der Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson in einem Thesenpapier als „eine der offenen Fragen“ der Partei. Deutschland sei „nicht in der Lage, den Satz mit Leben zu erfüllen“. Ähnlich äußerte er sich auch noch nach der Bundestagswahl 2017. Einige Monate später dann stellte er sich im Bundestag unmissverständlich hinter die Staatsräson. Deutschland müsse bereit sein, „im Ernstfall einer existenziellen Bedrohung Israels an dessen Seite zu kämpfen und zu sterben“. Dafür erntete Gauland wiederum Unmut von Teilen der Basis: „Wir orientieren uns nicht an den geopolitischen Interessen anderer Staaten, sondern an denen Deutschlands“, kritisierten diese.

Nicht zuletzt ist Gauland auch dafür bekannt, dass er dem rechten Flügel seiner Partei immer aufgeschlossen gegenüberstand. „Er kann nicht gleichzeitig Höcke und seine Leute unterstützen und dann eine durchweg pro-israelische Haltung vertreten“, merkt etwa Frauke Petry an. Damit verweist sie auf das Umfeld um den sogenannten „Flügel“, einen losen Zusammenschluss des radikal rechten Parteiflügels, an deren Spitze informell der Thüringer Landespartei- und Fraktionschef Björn Höcke steht. Der sorgte nicht zuletzt 2017 für Aufsehen, als er mit Blick auf das Holocaust-Gedenken eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ forderte. Höckes Haltung zu Israel ist unbekannt. Der Rechtsaußen, sonst nicht unbedingt um Stellungnahmen zur großen Politik verlegen, ließ auf Israelnetz-Anfrage mitteilen, dass er als Landespolitiker keinen Grund sehe, sich zum Thema zu äußern.

Sind anti-israelische Einstellungen in der AfD also ein spezifisches Problem des „Flügel“? Dies wäre wohl zu einfach gedacht: Andreas Kalbitz etwa, der in seiner Vita mehrere rechtsextreme Bezugspunkte aufzuweisen hat, ist dem „Flügel“ zuzurechnen und steht Höcke nah. Trotzdem war er es, der 2017 den bereits erwähnten Israel-Antrag beim Parteitag einbrachte. Auch der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Heinrich Fiechtner hält von dieser These wenig. Er glaubt, dass anti-israelische Ansichten häufig „unter der Decke mitschwingen“. Bis 2017 war Fiechtner selbst AfD-Mitglied, bevor er die Partei vor allem verließ, weil er eine unklare Positionierung zu Israel feststellte.

Konkret ging es damals um Wolfgang Gedeon, ebenfalls für die AfD ins Baden-Württembergische Landesparlament gewählt. Gedeon macht aus seiner Kritik am jüdischen Staat keinen Hehl. Dessen Existenz erkennt er nach eigener Aussage zwar an. Von einer Staatsräson will er aber nichts wissen. Stattdessen warnt er, dass aus der AfD „eine zionistische Partei“ werden könne. Gedeons Ausschluss aus der Fraktion scheiterte seinerzeit an mehreren Abgeordneten, die sich hinter ihn stellten. Schließlich trat er unter Druck aus der Fraktion aus. Inzwischen läuft gegen ihn auch ein zweites Parteiausschlussverfahren. Seine Unterstützer in der Fraktion werden aber in jedem Fall bleiben. Beim Hannoveraner Bundestag 2017 stellten einige von ihnen einen

Antrag, in dem sie sich wegen „friedensgefährdender Maßnahmen Israels“ in „besonderen Fällen“ für Boykottmaßnahmen aussprachen. Der Antrag wurde nicht weiter debattiert.

„Der Fall Gedeon war eine goldene Gelegenheit, sich ganz klar zum Judentum und zu Israel zu stellen“, blickt Fiechtner enttäuscht zurück. Er habe die Erfahrung gemacht, dass sich die Partei gar nicht festlegen wolle. „Das wabert genauso weiter“, prognostiziert deshalb Frauke Petry. Beide betonen aber auch, dass

sich die AfD damit in die Mehrzahl der deutschen Parteien einreihe. „Aber die Intensität ist in Kombination mit anderen problematischen Inhalten eine andere“, schränkt Petry ein. Und anders als bei den etablierten Parteien hätten in der AfD Antizionisten und Antisemiten eher eine Chance auf Öffentlichkeit: „Das zieht dann wiederum Leute an, die diese Ansichten teilen.“ Fiechtner appelliert daher eindringlich in Richtung seiner einstigen Partei: „Wenn ihr diese Frage nicht klärt, wird die AfD scheitern.“ |

Interview: „Die AfD ist nicht kosher“

Wie sind pro-israelische AfD-Aussagen einzuschätzen?

Daniel Killy ist Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Autor der Jüdischen Allgemeinen und in der Jüdischen Gemeinde Hamburg engagiert. Er meint: Es ist wichtig, die Motivation dahinter zu ergründen.

Israelnetz: Herr Killy, manchmal scheint es ja fast so, als sei die AfD die pro-israelischste Partei Deutschlands. Täuscht dieser Eindruck?

Daniel Killy: Ja, dieser Eindruck soll sogar täuschen. Die AfD benutzt, wie beim Billard, die Bande Israel um auf den eigentlichen Feind zu verweisen, der in ihren Augen der Islam in toto ist, nach dem Motto: „Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde.“ Ich spreche der AfD als politischem Korpus ab, dass sie sich aus hehren Motiven vor Israel stellt.

Welche Motive sehen Sie neben der Ablehnung des Islam?

Ich nehme an, dass die vorgebliche Freundschaft Teil eines demokratischen Tarnkappchens ist.

Gibt es konkrete Erfahrungen, auf die Sie sich stützen, wenn Sie der AfD hehre Motive absprechen?

In Hamburg sind mir häufig Besuche von AfD-Mitgliedern bei jüdischen Senioren zu Ohren gekommen, wo man denen gesagt hat: Ihr müsst uns wählen, sonst kommen Islamisten und bringen euch um. Das ist nicht mein Verständnis von Demokratie, irgendwelchen hilflosen Menschen zu soufflieren, was sie zu wählen haben.

Und dennoch: Sind pro-israelische Äußerungen der AfD nicht für sich genommen unterstützenswert?

Das könnte man sagen, wenn man darauf hineinfiele, Äußerungen außerhalb ihres insinuierten Kontextes zu stellen. Wenn die AfD sagt, dass Jerusalem die ungeteilte Hauptstadt Israels ist, dann kann ich dem nur sachlich zustimmen. Indem ich dies aber tue, mache ich mich nicht mit der AfD gemein. Dass sich Leute, die sich



Daniel Killy, Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

ansonsten zutiefst rassistisch, teilweise nazistisch und abwertend zu anderen Herkunftsn und kulturellen Traditionen äußern, plötzlich im Judentum heimisch fühlen und dort Verbündete suchen, das kann einfach nicht stimmen. Kurz: Die AfD ist für mich nicht kosher.

Andererseits haben auch die anderen Parteien ihre anti-israelischen Probleme. Kann man die AfD etwa mit der Linkspartei vergleichen?

Nein, ich würde die Linkspartei nicht mit der AfD vergleichen wollen. Auch in der SPD, der ich angehöre, gibt es etliche antizionistische Verwerfungen. Und keine der alteingesessenen Parteien ist frei davon. Aber die AfD vereint alles, was die ande-

ren demokratischen Parteien ablehnen, in sich. Sie ist eine rechtsextreme, völkische Partei. Sie steht für alles, was politisch und moralisch verachtenswert ist. Warum sollte dann ausgerechnet sie diejenige sein, die glaubwürdig ist in ihrem Pro-Israel-Gehabe?

Die anderen Parteien laufen dennoch Gefahr, neben der AfD schlecht auszusehen. Wie sollen sie damit umgehen?

Wenn die AfD im Bundestag scheinbar glänzt, so tut sie das, ohne dass es negativ auf die anderen Parteien abstrahlt. Aber: Natürlich wäre es mir lieber, die anderen Parteien würden von ihrer teilweise obsessiven Israelfixierung ein wenig abrücken. Es gibt mittlerweile etliche Bundestagsabstimmungen, bei denen das reine Abstimmungsverhalten der AfD durchaus auch anderen Parteien gut zu Gesicht gestanden hätte.

Israel boykottiert die AfD. Gegner dieser Politik fordern mehr Pragmatismus: Die pro-israelischen AfD-Initiativen nützten dem jüdischen Staat. Was spricht dagegen?

Das ist ein naiver Wunschtraum. Israel ist ja auch sehr vorsichtig, was eine Annäherung in Richtung Saudis angeht. Auch hier nimmt Israel, nur weil es das ein oder andere positive Signal gibt, nicht an, dass das plötzlich die nettesten Waffenbrüder werden.

Könnte das Erstarken der AfD den deutsch-israelischen Beziehungen schaden?

Nein, ich glaube nicht, dass die AfD dem deutsch-israelischen Verhältnis schadet. Ich glaube sogar, dass ein schwammiges Verhalten auf diplomatischem Parkett oder kraftvolle Lippenbekenntnisse der Regierungschefin, die dann nicht durch Taten gestützt werden, viel schädlicher sein können in der Außenwirkung in Israel. |

BIBELBLICK

„Tröstet, tröstet mein Volk“

Gott schreibt Geschichte in unserer Zeit und vor unseren Augen. Lassen wir uns mit dem Kalender und der Bibel in der Hand die Augen öffnen für eine Wirklichkeit, die sich aus der Weltgeschichte nicht ausklammern lässt: Gott handelt. Nach Jahrhunderten in der Fremde kommen Juden nach Israel. Das hat die Welt noch nicht gesehen – das kann die Welt auch nicht erklären. Das erklärt sich nur aus der Bibel und aus dem Willen Gottes. Das gilt auch für das Ereignis unserer Tage, den „Mauerfall“.

Deutsche Einheit – eine Gabe

Der 9. November 1989 wurde zum größten Glücksfall in der Geschichte der Deutschen! Die Mauer, die noch hundert Jahre stehen sollte, ein Regime, das ewig zu den Siegern der Geschichte zählen wollte, kam auf den Müll. Mauerspechte hämmerten schon in der ersten Nacht der Freiheit, vom 9. auf den 10. November, Löcher in den „antifaschistischen Schutzwall“. Das schlimmste, was einer Diktatur geschehen kann, passierte: Sie wurde lächerlich. Drei Jahrzehnte danach erinnern Feste und Feierlichkeiten an den „Mauerfall“. Doch dieses Bollwerk der Teilung ist nicht einfach umgefallen. Der lebendige Gott hat ein Wunder bewirkt.

Juden und Christen glauben an einen Gott, der sich in der Geschichte zeigt. Aus der Vielzahl, dem Alltäglichen und scheinbar Zufälligen lassen sich Linien und Fäden erkennen. Diese Fäden aber hält Gott in der Hand. Israel glaubt an einen Gott, der sich in der Geschichte erweist. Und so sind auch Termine und Zahlen weniger „Zufall“ als Anstöße zum Nachdenken. Gerade das „Gedenken“ zieht sich einem roten Faden gleich durch die Bibel. Gedenken heißt Innehalten im Strom der Zeit und die Zeit erkennen. Propheten und Psalmdichter mahnen immer wieder: Gedenke dessen, was Gott getan hat.

Und so denken wir an den 9. November 1989, den Fall der Berliner Mauer. Diese Nacht jedoch ist unverrückbar hineingeschrieben in den 9. November 1938, die Pogromnacht in Deutschland. Die Geschichte vermerkt die sogenannte „Reichskristallnacht“, den organisierten Beginn des Massenmordes an den europäischen Juden.

Israel – bleibende Aufgabe

Was lässt sich vor diesem Hintergrund über die Geschichte und das Geschick der Deutschen im Zusammenhang mit dem Schicksal der Juden sagen? 1938: Das Deutsche Reich unter Adolf Hitler steht auf der Höhe seiner Macht. Nach dem „Anschluss“ Österreichs nennt sich Deutschland inzwischen Großdeutsches Reich. Zehn Jahre später hatte sich alles verändert: Vom Deutschen Reich war nicht mehr viel übrig. 1948 war aber auch jenes Jahr, das den Juden einen eigenen Staat bescherte. Nach fast zweitausend Jahren der Zerstreung und der Verfolgung gründete das Volk der Juden wieder einen Staat. Am 14. Mai des Jahres 1948 rief David Ben-Gurion den modernen Staat Israel aus. Zehn Jahre nur sind zwischen 1938 und 1948 vergangen, die Welt aber hatte sich grundlegend verändert. Deutschland ist am Ende, Israel an einem neuen Anfang. In Deutschland beginnt 1949 mit der Gründung zweier selbständiger Staaten ein Kapitel radikaler Trennung in Ost und West. Doch am 9. November 1989 war nach vierzig Jahren die Zeit der Trennung abgelaufen.

Deutsche in Ost und West haben von Gott Chancen erhalten: eine Chance in der Hinwendung zum lebendigen Gott und eine Chance für die Zuwendung zu Gottes Volk. Das bisher letzte Wort Gottes für Deutschland heißt Gnade und beruft uns in eine Aufgabe: „Tröstet, tröstet mein Volk, spricht euer Gott“ (Jesaja 40,1). Kann das für die Politik bedeuten: Bei UN-Abstimmungen zuerst auf Israel zu schauen und nicht auf den Beifall der Welt? Heißt das für die Kirche, neu auf den Staat Israel zu blicken und der Boykott-Bewegung BDS eine Absage zu erteilen? Und was heißt es für uns überhaupt in diesem Land im Herbst 2019? |



Deutschland blickt zurück auf 30 Jahre „Mauerfall“, wie das Ende der Teilung Deutschlands schlicht genannt wird. Der 9. November 1989 wurde zum größten Glücksfall der Deutschen in Ost und West. Denn das Ende der mörderischen Grenze und die Einheit Deutschlands waren weder in dieser noch in den nächsten Generationen vorstellbar. Und doch sind wir Zeugen eines Wunders.

Egmond Prill



ISRAEL-VORTRAG VON BISCHOF ABROMEIT

Ein merkwürdiger Kontrapunkt

In einem Seminar wirbt der Nordkirchen-Bischof Abromeit für einen binationalen Staat als Friedenslösung für Nahost. Wer sich den Text näher anschaut, stößt auf Einseitigkeiten und Lücken in der Darstellung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Eine Analyse Daniel Frick

Bischof Abromeit sorgte mit seinen Thesen zum israelisch-palästinensischen Konflikt für Diskussionen

Die Jahreskonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz im beschaulichen Bad Blankenburg läuft in der Regel ohne größeres mediales Aufsehen ab. In diesem Jahr schaffte sie es aber sogar in die „Bild“-Zeitung. Anlass war ein Vortrag von Hans-Jürgen Abromeit. Am 1. August hielt der inzwischen in den Ruhestand verabschiedete Greifswalder Bischof ein Seminar zu dem Thema „Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina“ – und provozierte damit Widerspruch.

Über das Gesagte hatte zunächst die christliche Nachrichtenagentur „idea“ berichtet. Die „Bild“-Zeitung sprach darauf aufbauend am 5. August von einer „Anti-Israel-Rede“. Der Grundgedanke dabei: Indem Abromeit für einen binationalen Staat als Friedenslösung warb, redete er der Abschaffung des jüdischen Staates Israel das Wort. Der Grünen-Politiker Volker Beck, vor Jahren Vorsitzender der Israel-Gruppe im Bundestag, stufte die Aussagen Abromeits zudem als „theologisch wirres Zeug“ ein. Unter anderem warf er ihm auf Twitter vor, sich in die Tradition der kirchlichen Enterbungslehre einzureihen. Und die Nordkirche distanzierte sich gar von den Aussagen, indem sie diese zur „Privatmeinung“ des Bischofs erklärte.

Vortrag in bestimmter Absicht

Tatsächlich sind beim aufmerksamen Lesen des Redemanuskripts Lücken und Falschbehauptungen in der Darstellung des Konfliktes erkennbar – und zwar gerade dann, wenn es um Israel geht. Damit entsteht der Eindruck, dass es Abromeit, der auch Vorsitzender des kirchlichen Jerusalemvereins ist, darum gegangen ist, den Zionismus – und damit auch Israel als jüdischen Staat – in ein schlechtes Licht zu rücken. Dass dieser Eindruck nicht weit hergeholt ist, zeigen auch die widersprüchlichen Äußerungen Abromeits.

Im Vortrag selbst sagte er einleitend, ihm gehe es um einen „möglichst neutralen Standpunkt“. Die Hörer sollen also davon ausgehen: Hier spricht ein neutraler Beobachter, der alle Seiten berücksichtigt, um die Ursprünge des Konfliktes zu erklären. Im Interview der „Zeit“-Beilage „Christ & Welt“ vom 5. September hört sich das dann aber anders an: Dort sagte Abromeit zunächst, seine Thesen seien bei den Besuchern der Allianzkonferenz „keinesfalls Mehrheitsmeinung“. Zum Beispiel begründe die Gruppe der Sächsischen Israelfreunde mit der Verheißung Gottes an Abraham „die Vertreibung der Palästinenser“. Er habe „einen Kontrapunkt setzen“ wollen, beschreibt Abromeit die Absicht seines Vortrages.

Nun ist es legitim, auch einmal „Kontrapunkte“ zu setzen. Festzuhalten ist aber, dass Abromeit dies im Vortrag so nicht kenntlich machte und stattdessen seinen Hörern Neutralität versprach. Darüber hinaus können sich die Sächsischen Israelfreunde in der Aussage nicht wiederfinden. Geschäftsführer Wilfried Gotter betonte gegenüber Israelnetz, Vertreibung niemals gerechtfertigt zu haben. „Wir stehen auf dem Standpunkt, dass Juden und Nicht-Juden in Frieden miteinander leben müssen. Das ist die Ausrichtung der Bibel.“ Der Vorsitzende Lothar Klein spricht von einer „bösen Unterstellung“: „Wenn Abromeit aus der biblischen Landverheißung an Israel fälschlicherweise die Vertreibung der Palästinenser herleitet, zeugt es obendrein von schlechtem Stil, uns seine eigenen falschen Schlüsse in den Mund zu legen.“

Auffällige Auslassungen

Die genannte Absicht, einen Kontrapunkt zu setzen, liefert jedenfalls eine Erklärung dafür, wie es zu den Lücken in dem Vortrag kommt, wenn es um Israel geht. An einer Stelle spricht Abromeit etwa von der „Abriegelung“ des Gazastreifens; diese verhindere

den Aufbau einer palästinensischen Zivilgesellschaft. Mit keinem Wort erwähnt er hierbei die Rolle Ägyptens, den Terror der Hamas oder den Umstand, dass Israel durch die Kontrolle des Personen- und Warenverkehrs genau diesen Terror unterbinden möchte. Wer diesen Hintergrund nicht kennt, muss zur Auffassung kommen, Israel sei ein böswilliger Akteur, der die Bewohner des Gazastreifens grundlos drangsaliert.

Erst auf Nachfrage betont Abromeit, dass ein Beschluss israelischer Wohngebiete aus dem Gazastreifen durch nichts zu rechtfertigen sei, „auch nicht durch die Abriegelung des Gazastreifens“ – so als ob die „Abriegelung“ die Ursache des Terrors wäre. Im Übrigen habe er „immer gesagt, dass die Probleme von beiden Seiten, von der israelischen und der palästinensischen Seite, herühren“.

Dass dies so nicht stimmt, zeigt das Beispiel des Gazastreifens. Auslassungen dieser Art sind aber nicht das einzige Mittel, dessen sich Abromeit bedient, um einen Kontrapunkt zu setzen. Dazu gesellen sich Behauptungen, die nicht den Tatsachen entsprechen – etwa dann, wenn er Zionisten den Spruch „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ in den Mund legt. Für Abromeit ist diese Auffassung einer der „Geburtsfehler“ des Zionismus. Nur haben sich die Zionisten diesen Spruch nie auf die Fahnen geschrieben. Er stammt vielmehr von britischen Theologen, ursprünglich vermutlich vom freikirchlichen Prediger Alexander Keith (1781–1880). Zionisten rechneten fest mit dem Zusammenleben mit anderen Volksgruppen – das ist in der Balfour-Erklärung ebenso ersichtlich wie später in der Unabhängigkeitserklärung.

Durch die Behauptung gelingt es Abromeit, den Zionismus mit seiner Ausrichtung auf den jüdischen Staat als etwas darzustellen, das dem Wesen nach ungerecht ist. Hinzu kommt, dass er eine Begrifflichkeit verwendet, die die Deutung zulässt, der Zionismus sei eine völkische Bewegung: Erst sagt er, das Ziel des Zionismus sei es gewesen, „homogene Siedlungsgebiete“ zu schaffen. Später erklärt er, völkische Bewegungen seien mit dem Ziel von „ethnisch homogenen Siedlungsgebieten“ und einer „monoethnischen Nation“ aufgetreten. Das Mittel der Wahl sei dabei häufig die „ethnische Säuberung“ gewesen – genau diese „ethnische Säuberung“ wirft Abromeit auch Israel vor.

Hinzu kommt, dass er dieses Denken auch in der Bibel angelegt sieht, genauer im 5. Buch Mose. Die dort vertretene Weltsicht bringt er mit „Ein Gott, ein Volk, ein Land“ auf den Punkt. Das erinnert an die Parole „Ein Volk, ein Reich, ein Glauben“, der sich Christen verschrieben haben, die der Nazi-Ideologie zugewandt waren. Das 5. Buch Mose lässt sich so aber nicht zusammenfassen. Passagen, die von der Ausrottung der Völker im Land Kanaan sprechen, sind sicherlich schwierig und sollten auch nicht wegglättet werden. Festzuhalten ist aber, dass hierbei das Kriterium der Ungehorsam gegen Gott ist und nicht völkischer Dünkel; die Androhung der Ausrottung gilt bei Ungehorsam ebenso für Israel.

Diese Deutung seiner Aussagen weist der Bischof zurück. Andererseits sorgte er im Vortrag auch nicht für die notwendige begriffliche Klarheit, um solchen Vorwürfen zuvorzukommen. Er selbst spricht lieber von „Nationalismus“ – wohl in dem Glauben, dies mache es besser. In Europa ist inzwischen eine Denkweise verbreitet, die alles als „Nationalismus“ diffamiert, was mit dem Eintreten für eine Nation zusammenhängt. Wenn er nun dieses Denken auf Israel überträgt, ist das nicht nur unpassend, es lässt auch Sensibilität vermissen: Das Eintreten für Israel als Nation

bedeutet für dessen Bewohner in einer prinzipiell feindlich gesinnten Umgebung schlicht auch Überleben.

Was die „ethnischen Säuberungen“ anbelangt, zieht Abromeit als Gewährsmann Ilan Pappé heran. Dass der Historiker durchaus umstritten ist, ist Abromeit im Vortrag keine Erwähnung wert. Selbst im Kreis der Neuen Historiker, die die Staatsgründung Israels kritischer in den Blick genommen haben als ihre Vorgänger, ist Pappé mit seinen Thesen auf Skepsis gestoßen. So wirft ihm sein Kollege Benny Morris Einseitigkeit und methodische Mängel vor.

Problematische Theologie

Auch aus theologischer Sicht sind die Äußerungen Abromeits problematisch. Zur Bibelstelle Johannes 4,20 sagt er, „der räumlich-materielle Aspekt des Alten Testaments“ werde im Neuen Testament „ganz aufgegeben“. „Das Neue Testament hebt nämlich die Bindung eines bestimmten Volkes an ein bestimmtes Land auf. Die im Alten Testament noch breit vertretene Auffassung, mit der Erwählung Israels verbinde sich auch der Anspruch auf das Land Israel, findet sich im Neuen Testament nicht, an keiner Stelle.“

Es dürften diese Aussagen sein, die Volker Beck dazu veranlasst haben, von einer Enterbungstheologie zu sprechen, also einer Denkweise, die die Verheißungen Gottes an Israel auf die Christen überträgt. Im Neuen Testament finden sich aber auch Bibelstellen, die eine „nationale Agenda“ nahelegen (etwa Lukas 1,68–75; Apostelgeschichte 1,6). Darauf angesprochen bleibt Abromeit bei seiner Sicht, nur fällt die Formulierung etwas weicher aus: „Nach christlichem Verständnis ist die alttestamentliche Verheißung des Landes nicht weggefallen, sondern transformiert worden.“

Damit fällt Abromeit hinter die Aussagen der EKD-Studie „Christen und Juden III“ aus dem Jahr 2000 zurück. Dort heißt es, dass „nach biblischem Befund Erwählung, Bund und dessen Landverheißung aufs Engste miteinander verknüpft sind“. Abromeit empfiehlt hingegen das höchst problematische Kairos-Palästina-Dokument, das palästinensische Christen vor zehn Jahren verfasst haben und das durch unverblühte Einseitigkeit geprägt ist – etwa wenn es allein Israel die Schuld am Konflikt gibt und zum Israel-Boycott aufruft.

Es bleibt noch die Frage, warum so ein Seminar ausgerechnet auf der Allianzkonferenz gehalten wurde. Die Haltung Abromeits, etwa dessen Unterstützung des Kairos-Palästina-Denkens, ist leicht zu recherchieren und dürfte den Organisatoren bekannt gewesen sein. Jurek Schulz vom Vorstand der Deutschen Evangelischen Allianz betont, dass es normal sei, Redner unterschiedlicher Couleur einzuladen. Und er lobt Abromeits Bibelarbeit zum Hebräerbrief im Plenum der Konferenz. Bezüglich des Israel-Vortrags gesteht er jedoch zu, dass hier Fairness gegenüber Juden und Israel fehlte; es handle sich um eine „sehr einseitige Darstellung zu Lasten Israels“. Dem Vortrag sei aber insofern etwas abzugewinnen, als es zu einer Diskussion über dessen Thesen gekommen sei. Wilfried Gotter sieht das anders. Er wirft ein, dass Bad Blankenburg eigentlich als glaubensstärkende Konferenz gedacht ist. „Da muss man nicht noch über Dinge streiten, über die man sich das ganze Jahr schon streitet.“

Beide Positionen mögen ihre Berechtigung haben. Das Seminar zeigt jedenfalls, dass es beim Themenkomplex Kirche und Israel noch viel zu klären gibt. Dabei kann es nur hilfreich sein, auf Einseitigkeiten zu verzichten. |



*Wir zeigen Ihnen
„unser“ Israel.*

**Informationsreise
für Gruppenleiter**

26.01. - 02.02.2020

ab 400,- EUR*
für Gruppenleiter
ab 1.200,- EUR*
für Begleitpersonen

*Infos unter
 www.israelreise.de/rundreisen
 info@israelreise.de
 03765 71 98 51

Israelreise.de - einfach anders



**Israel2020
classic** **9,- €**
zzgl. Versand

Der Israelnetz-Kalender „classic“ zeigt bekannte und interessante Motive aus dem Heiligen Land. Das praktische Kalendarium enthält neben den christlichen und gesetzlichen Feiertagen auch die jüdischen Festtage mit einer Erklärung.

Der Wandkalender hat ein Format von 48 x 34 cm, ist auf hochwertigem Papier gedruckt und exklusiv bei Israelnetz erhältlich.

**Bestellen Sie per
Telefon (0 64 41) 5 66 77 52
oder auf israelnetz.com**



ERLEBNIS . GRUPPEN . REISEN

Israelreisen.

Seit über 40 Jahren.

Israel-Erlebnisreise
mit Schwester Eva-Maria Mönning (Berlin) und Jens Schechinger (Neubulach)
vom **23.02.2020 – 01.03.2020**

Israel-Reise „Wenn die Wüste blüht“
mit Egmond Prill (Kassel), Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom **01.03.2020 – 11.03.2020**

Israel-Frühlingsreise
mit Pastor Wolfgang und Sieglinde Wangler (Pfalzgrafenweiler), Walter und Marianne Schechinger
vom **19.03.2020 – 29.03.2020**

Israel-Osterreise
mit Johannes und Gisela Vogel (Bibel-Center Breckerfeld), Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom **05.04.2020 – 16.04.2020**

Israel-Erlebnisreise
mit Johannes und Gisela Vogel (Bibel-Center Breckerfeld), Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom **07.05.2020 – 17.05.2020**

Israel-Reiten-Erlebnis-Reise
mit Werner Jost (Emmingen)
vom **11.05.2020 – 20.05.2020**

Israel-Festreise-Pfingsten
mit Lutz Scheufler (Waldenburg), Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom **31.05.2020 – 12.06.2020**

Jordanien-Israel-Reise
mit Joachim und Martina Stütz (Alldorf-Vordersteinenberg)
vom **31.05.2020 – 11.06.2020**

Israel-Erlebnisreise
mit Pastor Dr. Christoph Schrodte (Internationale Hochschule Bad Liebenzell) und Markus Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom **03.08.2020 – 14.08.2020**

Viele weitere Reisen in Planung!

Schechinger-Tours . Walter Schechinger
Im Kloster 33 . 72218 Wildberg-Sulz am Eck
Tel 07054 5287 . Mail info@schechingertours.de

Jetzt direkt online buchen oder Prospekte anfordern.
www.schechingertours.de